

Bürger für Hohenlockstedt

- Fraktion in der Gemeindevertretung -



Bürger-Info zu den Ausschuss-Sitzungen im Juni 2026

Im Juni 2026 fanden in Hohenlockstedt drei Ausschusssitzungen statt: der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Energiewende am 02.06.2026, der Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales am 23.06.2026 sowie der Personal- und Koordinierungsausschuss am 25.06.2026. Diese Gremien haben Entscheidungen in den Bereichen Energiewende, Gemeindeleben an der Lohmühle, Spielplatzentwicklung sowie der angestrebten Einführung eines hauptamtlichen Bürgermeisters vorbereitet.

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Energiewende

Solarpark-Projekt und Photovoltaik-Freiflächenkonzept

Die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Energiewende befasste sich vor allem mit der Vorstellung eines Solarpark-Projekts und der Beratung des gemeindlichen Photovoltaik-Freiflächenkonzepts. Vorgestellt wurde ein Solarpark mit zunächst rund 25 ha Fläche und etwa 25 MW Leistung einschließlich Batteriespeicher, der perspektivisch auf bis zu etwa 60 MW und 60 Mio. kWh Jahresstromerzeugung ausgebaut werden könnte.

Das zugrunde liegende Photovoltaik-Freiflächenkonzept sieht bislang rund 45 ha Gemeindefläche als Potenzialfläche für Photovoltaik vor, während bestimmte Flächen bewusst ausgeschlossen sind. Für die wirtschaftliche Umsetzung des konkreten Solarparkprojekts wurde jedoch eine Erweiterung der PV-Flächen auf etwa 60 ha diskutiert, was ungefähr 1,5% der Gemeindefläche entspräche.

Aus Sicht der **BfH-Fraktion** ist die Konzentration großer Photovoltaikflächen auf wenige zusammenhängende Standorte grundsätzlich sinnvoll, weil sie Planungssicherheit für Investoren schafft und die Energiewende lokal voranbringt. Gleichzeitig muss aber der Schutz hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen und die frühzeitige Einbindung aller betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer gewährleistet werden, wie die Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern in der Sitzung deutlich gemacht haben.

Die **BfH-Fraktion** legt besonderen Wert darauf,

- dass Mindestabstände zu Wohnbebauung eingehalten werden und mögliche Blendwirkungen oder sonstige Beeinträchtigungen fachgutachterlich geprüft werden,
- dass die wirtschaftlichen Vorteile für die Gemeinde und die Bürgerinnen und Bürger transparent dargestellt und im Haushalt sichtbar werden,
- dass Naturschutzaspekte sowie der Verzicht auf Bodenversiegelung, konsequent berücksichtigt werden.

Errichtung eines Ausgleichsknicks in Springhoe

Ein weiterer Schwerpunkt der Juni-Sitzung war die Vorlage zur Errichtung eines Ausgleichsknicks auf dem Flurstück 10, Flur 8, Gemarkung Springhoe, als Ausgleich für naturschutz- und baurechtliche Verstöße im Bereich des Bebauungsplans Nr. 13. Vorgesehen ist ein neuer Knick mit einer Länge von 292 Metern, dessen genaue Lage mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt und dessen Bepflanzung mit gebietsheimischen Straucharten, inklusive Einzäunung zum Schutz vor Wildverbiss, realisiert werden soll.

Die Umsetzung ist an klare Bedingungen geknüpft: Vor dem Bau des Ausgleichsknicks sollen die betroffenen Grundstückseigentümer in einer Anliegerversammlung über eine anteilige Kostenübernahme informiert werden, Kostenübernahmeverträge abgeschlossen werden und erst danach ein Antrag auf Entwidmung des bisherigen Knicks und Genehmigung des Ausgleichsknicks gestellt werden. Die Kosten sind derzeit grob mit rund 29.200 Euro veranschlagt und sollen von den betroffenen Eigentümern erstattet werden.

Die **BfH-Fraktion** unterstützt grundsätzlich den Ansatz, bestehende naturschutz- und baurechtliche Verstöße geordnet und rechtssicher zu heilen, statt langfristige Rechtsunsicherheit zu akzeptieren. Gleichzeitig ist für die Fraktion entscheidend, dass die finanziellen Lasten gerecht verteilt werden und die Gemeinde nicht dauerhaft auf Kosten sitzen bleibt, die im Verantwortungsbereich einzelner Grundstückseigentümer entstanden sind.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass

- die Anlieger frühzeitig und transparent informiert werden,
- die Kostenkalkulation noch vor konkreten Auftragsvergaben belastbar verifiziert wird,
- die naturschutzfachliche Qualität des neuen Knicks hoch ist, damit die Entwidmung des alten Knicks fachlich und rechtlich akzeptiert wird.

Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales

Lohmühlenkonzept

Im Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales stand das Lohmühlenkonzept im Zentrum der Beratungen. Das Konzept wurde als Wegweiser für die zukünftige Nutzung der Lohmühle verstanden und schließt den bereits gefassten Beschluss zur Renovierung des Gebäudes für eine Sommernutzung ein.

Der Ausschuss betonte, dass das Konzept nicht statisch ist, sondern künftig angepasst werden kann und insbesondere der Umbau und die Bereitstellung von Toiletten jetzt Thema für den Bauausschuss sind. Zusätzlich sollen eine Nutzungsvereinbarung für das Gebäude erarbeitet und Verkehrs-Aspekte, wie die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad, die Lage am Ochsenweg und die Parkplatzsituation, berücksichtigt werden.

Aus der Diskussion ergaben sich Anregungen, das Konzept um Angebote für Radfahrer, etwa eine Aufpumpstation oder eine Ladestation für E-Fahrräder, zu ergänzen. Zudem wurde die Verwaltung gebeten, bei der Naturschutzbehörde erneut nachzufragen, ob Stand-up-Paddling auf dem Lohmühlenteich verboten werden kann, nachdem es trotz Verbots weiter betrieben wird.

Die **BfH-Fraktion** begrüßt, dass die Gemeinde die Lohmühle als wichtigen Freizeit-, Erholungs- und Veranstaltungsort weiterentwickeln will. Wichtig ist aus Sicht der Fraktion jedoch, dass ökologische Belange – etwa der Schutz des Gewässers und seines Uferbereichs – konsequent berücksichtigt werden.

Wir unterstützen eine stärkere Ausrichtung der Lohmühle auf klimafreundliche Mobilität (Fahrrad, zu Fuß) und niedrigschwellige Freizeitangebote, lehnen aber eine Übernutzung oder kommerzielle Überformung des Bereichs ab. Die Einbindung der Öffentlichkeit, wie sie in Form von Einwohnerfragen und demokratiebezogenen Projekten der WKS sichtbar wurde, wird positiv bewertet.

Spielplatzgestaltung Memeler Straße

Ein weiterer wichtiger Punkt der Sitzung war die Spielplatzgestaltung an der Memeler Straße. Der Ausschuss beschloss, für den Kinderspielplatz einen Kletterwürfel zu bestellen und – soweit das Budget von 15.000 Euro es zulässt – zusätzliche Spielgeräte aus der Bestellliste zu ergänzen.

Ich hatte nach Rücksprache mit der Verwaltung bereits vor der Sitzung darauf hingewiesen, dass die Notwendigkeit, die Kosten des Spielplatzausbaus zu reduzieren, tatsächlich nicht gegeben ist, da das Technische Bauamt der Amtsverwaltung die Umsetzung des Angebotes mit Kletterwürfel, Schaukel und Bänken bereits veranlasst hat und lediglich der Kostenüberhang aus dem Haushalt 2026 finanziert wird. Dies wurde dann in einer Protokollnotiz durch die Verwaltung bestätigt, so dass sich der Beschluss des Ausschusses erledigt hat. Das vorhandene Schaukelgerüst muss aus Sicherheitsgründen ersetzt werden.

Die **BfH-Fraktion** unterstützt die Stärkung wohnortnaher Spiel- und Aufenthaltsflächen, sieht aber bei den Entscheidungs- und Informationsketten Verbesserungsbedarf. Aus Sicht der Fraktion sollten Ausschussbeschlüsse und bereits veranlasste Maßnahmen enger abgestimmt werden, damit Haushaltsmittel zielgerichtet und nachvollziehbar eingesetzt werden und keine Missverständnisse über angebliche Sparnotwendigkeiten entstehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Sicherheit (z. B. beim Schaukelgerüst) und Aufenthaltsqualität (Schatten, Sitzgelegenheiten, abwechslungsreiche Spielgeräte) gemeinsam gedacht werden und Kinder sowie Eltern in die weitere Ausgestaltung einbezogen werden.

Unter den Mitteilungen des Vorsitzenden und des Bürgermeisters wurde über den Christopher Street Day in Hohenlockstedt, das 125-jährige Jubiläum der Feuerwehr und das Mitsommer-Fest an der Lohmühle berichtet. Gleichzeitig wurde auf rechtsradikale und queerfeindliche Aufkleber im Gemeindegebiet und entlang der B77 sowie der Bahntrasse hingewiesen, deren Entfernung aus Sicherheitsgründen nur mit Vorsicht erfolgen sollte.

Aus Sicht der **BfH-Fraktion** zeigen diese Vorfälle, wie wichtig eine klare Haltung für Demokratie, Vielfalt und Respekt im öffentlichen Raum ist, und dass Gemeinde, Initiativen und Bürgerinnen und Bürger gemeinsam gegen rechtsextreme und diskriminierende Symbole vorgehen sollten.

Personal- und Koordinierungsausschuss

Einführung eines hauptamtlichen Bürgermeisters

Im Personal- und Koordinierungsausschuss wurde die Einführung eines hauptamtlichen Bürgermeisters bzw. einer hauptamtlichen Bürgermeisterin in Hohenlockstedt weiter konkretisiert. Der Ausschuss empfahl einstimmig, den Termin für den Wechsel in die Hauptamtlichkeit am **01.10.2027** und die Amtszeit mit **sechs Jahren** festzulegen.

Die Verwaltung hat einen detaillierten Kostenvergleich zwischen einem ehrenamtlichen und einem hauptamtlichen Bürgermeister dargestellt und kommt für ein typisiertes Beispiel eines verheirateten Bewerbers mit zwei Kindern auf Mindestgesamtkosten eines hauptamtlichen Bürgermeisters von rund 140.600 Euro jährlich (ohne bestimmte schwer kalkulierbare Komponenten) gegenüber etwa 41.400 Euro für den ehrenamtlichen Bürgermeister inklusive Stellvertreter.

In der Zusammenfassung wird von Mehrkosten in Höhe von mindestens rund 114.900 Euro pro Jahr ausgegangen, zusätzlich zu nicht genau kalkulierbaren Posten wie Beihilfe-, Fortbildungs- und Reisekosten. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinde seit 2008 ehrenamtlich verwaltet wird, die Aufgaben aber deutlich zugenommen haben und ein Grundsatzbeschluss zur Einführung eines hauptamtlichen Bürgermeisters bereits im Oktober 2025 einstimmig gefasst wurde.

Die **BfH-Fraktion** erkennt an, dass die Aufgabenfülle und die Verantwortung des Bürgermeisteramtes in einer zentralörtlichen Gemeinde wie Hohenlockstedt deutlich gewachsen sind. Ein hauptamtlicher Bürgermeister hat die gleichen Rechte und Pflichten wie ein ehrenamtlicher Bürgermeister; er kann aber mehr Zeit für strategische Entwicklung, interne Steuerung, interkommunale Kooperation und Bürgerkommunikation aufbringen und damit die Handlungsfähigkeit der Gemeinde stärken.

Zugleich sieht die Fraktion die erheblichen Mehrkosten kritisch und fordert, dass

- die finanziellen Auswirkungen einschließlich langfristiger Versorgungsansprüche, Beihilfen und Erhöhung der Umlage an die Versorgungsausgleichskasse seriös und transparent im Haushalt abgebildet werden,
 - die Einführung der Hauptamtlichkeit mit klaren strategischen Zielen verknüpft wird (z. B. Stärkung der Wirtschaftsförderung, der Kinder- und Jugendangebote, der Klimapolitik und der Bürgerbeteiligung), damit der Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar ist.
-

Über alle drei Ausschüsse hinweg zeigt der Juni 2026, dass Hohenlockstedt an mehreren Stellen auf einem Weg der Neuaufstellung ist: bei der lokalen Energiewende (Solarpark, Photovoltaik-Freiflächenkonzept), bei der qualitätsvollen und ökologisch sensiblen Gestaltung von Freizeit- und Aufenthaltsorten (Lohmühle, Spielplätze) sowie bei der Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung durch einen möglichen hauptamtlichen Bürgermeister.

Die **BfH-Fraktion** wird diese Entwicklungen konstruktiv begleiten, indem sie

- bei großen Infrastruktur- und Energiewendeprojekten auf Transparenz, Beteiligung der Betroffenen, Schutz von Natur und Landwirtschaft sowie auf solide Wirtschaftlichkeitsprüfungen dringt,
- bei der Gestaltung von Lohmühle und Spielplätzen die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien und Erholungssuchenden mit ökologischen Anliegen und Sicherheitsaspekten verbindet,
- bei der Einführung eines hauptamtlichen Bürgermeisters auf Haushaltsklarheit, demokratische Legitimation und messbare Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger achtet.

Die Ausschusssitzungen im Juni haben wichtige Vorarbeiten geleistet; die abschließenden Entscheidungen, insbesondere zum Solarpark, zur konkreten Ausgestaltung der Lohmühle und zur Hauptamtlichkeit, werden in den kommenden Monaten und in der Gemeindevertretung zu treffen sein – hier wird die **BfH-Fraktion** ihre Positionen im Sinne einer bürgernahen, transparenten und verantwortungsvollen Kommunalpolitik einbringen.

Ihre BfH-Fraktion – Bürger für Hohenlockstedt

Berichterstatter:

Carsten Fürst (Fraktionsvorsitzender)

Diese Bürgerinformation basiert auf eigenen Aufzeichnungen sowie den öffentlichen Sitzungsunterlagen und wurde mit Unterstützung von KI erstellt.

